

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3122/2010**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 08.06.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Klaus Peter Möller, Dr. Wolfgang Deetjen, Dr. Martin Preiß

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport	16.06.2010	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	01.07.2010	Entscheidung

Betreff:

Unbefristete Besetzung von acht Erzieher-Stellen

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06.05.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, insgesamt acht Erzieher-Stellen à 15 Wochenstunden für die Durchführung von Einzelintegrations-Maßnahmen für Kinder mit einer Behinderung unbefristet zu besetzen.“

Begründung:

In den städtischen Kindertagesstätten waren 2009 18 Integrationsmaßnahmen seitens des Sozialhilfeträgers bewilligt. Im Durchschnitt der letzten Jahre kann davon ausgegangen werden, dass mindestens 10 bis 12 bewilligte Integrationsmaßnahmen in den städtischen Kindertagesstätten laufen, wobei eine zunehmende Tendenz zu verzeichnen ist.

Für Kinder mit einem Handicap ist es besonders wichtig, dass sie gut betreut und individuell gefördert werden können und die Betreuungsqualität ihren behinderungsspezifischen Bedürfnissen genügt. Dies kann die Stadt aufgrund eines knapper werdenden Angebotes von qualifizierten arbeitssuchenden Erzieherinnen und Erziehern kaum noch verlässlich sicherstellen. Es wird vielmehr immer schwieriger, geeignete Fachkräfte zu gewinnen, die diese Maßnahme sofort nach Bewilligung begleiten können.

Die Möglichkeiten der internen Besetzung über befristete Aufstockung von bestehenden Arbeitsverhältnissen wird genutzt, reicht aber nicht aus, um den Bedarf zu decken.

Ein externes Stellenbesetzungsverfahren dauert in der Praxis häufig vier bis fünf Monate. Die Ausschreibung mit einer unsicheren Befristung und einer Arbeitszeitkapazität von 15 Wochenstunden grenzt den Bewerberkreis ganz erheblich ein.

Um das geschilderte Problem wenigstens etwas zu reduzieren, sollen auf einer Basis von jeweils acht Integrationsmaßnahmen Erzieherinnen bzw. Erzieher mit unbefristetem Vertrag eingesetzt werden. Es ist unwahrscheinlich, dass zu irgendeinem Zeitpunkt in den städtischen Kindertagesstätten weniger als acht laufende und vom Sozialhilfeträger finanzierte Integrationsmaßnahmen zu verzeichnen seien dürften. Durch die Refinanzierung seitens des Sozialhilfeträgers entstehen durch die Realisierung des Antrages auch keine Mehrkosten für die Stadt.

Klaus Peter Möller
CDU-Fraktionsvorsitzender

Dr. Wolfgang Deetjen
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen

Dr. Martin Preiß
FDP-Fraktionsvorsitzender